

Dienstag, 04.01.2005

Transparenz statt Lobby-Arbeit

DIÄTEN / Grüne und SPD wollen Nebenverdienste auf die Gehälter der Abgeordneten anrechnen. Müntefering betont aber den Wert "berufsnaher" Politiker. Experte regt Kontrollgremium an.

BERLIN. Wegen der jüngsten Affären um Nebeneinkünfte von Politikern haben Grüne und SPD-Politiker vorgeschlagen, solche Zusatzeinnahmen auf die Abgeordnetendiäten anzurechnen. "Ab einer bestimmten Höhe sollten Abgeordnete ihre Nebenverdienste mit ihren Diäten verrechnen müssen", forderte Grünen-Parlamentsgeschäftsführer Volker Beck nach Medienberichten. "Nebeneinkünfte dürfen das Mandat nicht dominieren", sagte Beck. Ansonsten sei die Unabhängigkeit in Gefahr. Konkret schlug er vor, Zusatzeinkünfte auf die Diäten anzurechnen, wenn ein Abgeordneter mehr als die Hälfte seines Einkommens durch Hinzuverdienste erwirtschaftet. An die Industrie appellierte Beck, nur Bezüge an Politiker zu zahlen, wenn diese eine konkrete Leistung für das Unternehmen erbringen.

Mehr Transparenz bei den Einkünften von Politikern mahnte auch SPD-Chef Franz Müntefering an. Er sei über die jüngsten Affären "genauso entsetzt" wie viele Bürger. Heimliche Lobby-Arbeit müsse ausgeschlossen werden. Dennoch dürften aber Abgeordnete weiter "beruflich engagiert bleiben und dafür auch Gehalt beziehen. Betriebsräte, Unternehmer, Rechtsanwälte und andere, die nah an ihrem Beruf bleiben, tun dem Bundestag gut", sagte der SPD-Vorsitzende.

Ähnlich äußerte sich Niedersachsens SPD-Fraktionschef Sigmar Gabriel. Parlamentarier sollten auch weiterhin die Freiheit haben, neben der Abgeordnetentätigkeit ihren Beruf weiterzuverfolgen. Würden sie sich aber für den Beruf entscheiden, sollten sie für ihre Parlamentsarbeit nur eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Skeptisch zu solchen Vorschlägen äußerte sich die PDS-Abgeordnete Petra Pau. Während Diäten die Unabhängigkeit von Parlamentariern sichern sollten, könnten Nebeneinkünfte "das freie Mandat gefährden". Daher sollten die Diäten bewahrt und Nebenverdienste offengelegt werden.

Der Korruptionsexperte Ulrich von Alemann kritisierte eine fehlende öffentliche Kontrolle im Bundestag und schlug deshalb die Gründung eines unabhängigen Gremiums aus Richtern und Ex-Ministern vor, denen gegenüber die Parlamentarier Beraterverträge und Besitzstände offen legen sollten. (afp)

04.01.2005